



Große Pläne für die freie Szene?, Foto: Ananda Grade

## VERSPRECHUNGEN DARAN SOLLT IHR SIE MESSEN

Die Kommunalwahlen in Köln sind gelaufen – und wir von akt wissen zu Redaktionsschluss noch nicht, wie sie ausgegangen sind. Doch die Kölner Theaterkonferenz hat vor der Wahl Fragen an jede Partei geschickt, wie sie zur Förderung der freien Szene steht. Ehe die hoffnungsvollen Antworten im Angesicht der Kürzungsdrohungen Makulatur werden, möchten wir sie niederlegen – damit es nicht gleich wieder zu Wortbrüchen kommt.

Als kulturfreundlichste Partei kommt eindeutig die Kölner CDU daher: auf sechs eng beschriebenen Seiten erläutert sie den großen Stellenwert, den Theater für sie hat. Als einzige Partei – mit der FDP – wird sie konkret

und wünscht sich, dass die Zuschüsse für die freie Szene prozentual an das Budget des Schauspielhauses gekoppelt werden, in Höhe von zehn Prozent. Wunderbar klingen diese Worte: „Verlässlichkeit auf einem höheren Niveau wäre das Ziel“. Und, trotz eingestandenem Sparzwang, heißt es: „Mit der CDU-Fraktion wird es eine Einsparung im Bereich der freien Szene in den nächsten Jahren nicht geben“, definitiv will man sie aus allen Sparrunden ausnehmen. Die CDU erwähnt aber auch sozial angemessene Löhne für Schauspieler und eine „Ausrichtung des Programms auf das Publikum“. Ob das bedeuten soll, immer nach Publikumsgeschmack zu inszenieren?

Die SPD bleibt auf vier Seiten schwammiger: „Wir bekennen uns seit Jahren zu einer starken Theaterlandschaft und werden dies auch in Zukunft tun“. Sie wünscht, die in den letzten Jahren „stetigen Steigerungsraten“ im Kulturetats „konsequent fortzuführen“, die freie Theaterszene solle finanziell zumindest „stabilisiert“ werden. Und sie fordert „Schaffung von Räumen für künstlerische Produktionen“. Die SPD möchte das neue Kinderkulturhaus Comedia (Seite 8) zudem als „städtisches Kinder- und Jugendtheater gefördert wissen“.

Wenn die Grünen im Rat die absolute Mehrheit erhielten, könnten sich nicht nur die Grünen, sondern auch Künstler auf „paradiesische Zustände“ einstellen: „Die Häuser würden besser ausgestattet und die Akteure aus der Theaterszene könnten sich auf ihre Theaterkunst konzentrieren – ohne Existenzprobleme“, statt dessen würde man lieber auf Straßenbauprojekte verzichten. Dennoch wollen die Grünen vor dem „Kassensturz keine finanziellen Zusagen machen“.

Die FDP ist „über die finanzielle Ausstattung der Kölner Theaterszene nicht glücklich“ und schließt sich den CDU-Forderungen weitgehend an. Sie will die Theaterlandschaft auf jeden Fall „stärken“.

Am kürzesten antworten die Linken auf die Fragen, bekräftigen aber, dass eine „Erhöhung des Etats“ für Theater „erforderlich“ und zu „erwarten“ sei, ohne zu sagen, ob sie ihn selbst vornehmen würden. Wichtig ist ihnen aber, Theater für sozial schwache Jugendliche zu fördern sowie dem Aspekt der Multikulturalität größere Bedeutung zu geben: „Bühnen, die (auch) in den wichtigsten Sprachen der Migration wie Russisch, Türkisch oder Polnisch spielen, dürfen nicht wie bisher eine exotische Randerscheinung sein“.

Köln hat nun gewählt – und wir wollten dafür sorgen, dass die Verheißungen in Erinnerung bleiben.

DOROTHEA MARCUS



Nicht die einzige Hiobsbotschaft dieser Tage: Die Kosten der Sanierung von Oper und Schauspiel explodierten von 230 auf 364 Mio., hier das ungewisse Modell der Zukunft. Foto: Schauspielhaus

# 11 MRD. UMSATZ ... TROTZDEM DROHT KAHLSCHLAG

Kurz vor der Sommerpause Ende Juni 2009 erreichte die freien Theater und Theatergruppen Kölns ein Brief des Kulturamtsleiters Konrad Schmidt-Werthern: das Kulturamt sei auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, „durch restriktive Bewirtschaftung der öffentlichen Mittel der angespannten Haushaltslage entgegen zu wirken“. Die erste Maßnahme: eine Kürzung aller bereits zugesagten Theaterzuschüsse für freie Gruppe im 4. Quartal um 15 Prozent. „Ich möchte Ihnen daher dringend empfehlen, Ihr wirtschaftliches Gebaren dieser schwierigen Lage anzupassen“, hieß es in charmantem Bürokratie-Deutsch. Inzwischen stellen sich die Dinge aber nicht mehr ganz so gravierend dar: soeben wurde bekannt, dass zumindest die 15prozentige Kürzung für 2009 vom Tisch ist, Schmidt-Werthern wird die erforderte Summe durch „interne Umschichtung“ aufbringen – und keinesfalls zu Lasten der künstlerischen Produktion gehen lassen. Warum die im September 2009 geplante Inszenierung von „Christiane F.“ durch den Regisseur Peter Körner (Spielball-Theater) indes ersatzlos scheitern muss, kann er sich auch nicht

erklären – „möglicherweise handelte es sich um ein nicht fest zugesagtes „Reserveprojekt“, so Schmidt-Werthern. Wie dem auch sei, es kommt 2010 ohnehin schlimmer: Angesichts der jüngsten Forderungen von Kämmerer Norbert Walter-Borjans, den Kölner Kulturetat um 30 Prozent zu kürzen, hört sich der zurückgenommene Kulturamts-Brief recht harmlos an. Eben jener Mann, der in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsdezernent noch bei der Pressekonferenz der neuen Theaterzeitung akt auf dem orangenen Sofa in der Redaktion saß und vollmundig davon sprach, WIE SEHR die Förderung des Theaters zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Köln beitrage und Geld in die Kassen von Hotels und Restaurants spüle. Eben dieser spricht nun von 30 Prozent Kürzungen in einem Bereich, der wie immer eben keine „Pflicht“ ist – und hat das sogar mit dem OB-Kandidaten (SPD) Jürgen Roters vorsorglich „abgesprochen“. Die Tinte auf dem knallroten, nagelneuen Kulturentwicklungsplan ist kaum getrocknet, da erscheinen alle Vorhaben für die Kölner Kultur schon wieder wie Schnee von gestern. Dabei könnte man der auf-

wändigen Broschüre auch einige reale Zahlen über den Zusammenhang von Köln und Wirtschaft entnehmen, auf Seite 19/20 etwa: „Der Umsatz der Kulturwirtschaft betrug 2005 11,1 Mrd. Euro. Das macht einen Anteil von 3,4 Prozent an der Gesamtwirtschaft im Kölner Großraum.“ Mehr als der Maschinenbau (3,61 Mrd.), die Elektrotechnik (2,47 Mrd.) und die Kunststoffindustrie (1,37 Mrd.).“ Selbst, wenn man lediglich den Umsatz der Branchen errechnet, die öffentliche Kulturförderung erhalten, kommen immer noch 8 Mrd. Euro heraus – das ist mehr als die gesamte Porsche AG 2005 umgesetzt hat (7,27 Mrd). Zahlen, die sich auch ein Wirtschaftskämmerer nochmal in Ruhe durch den Kopf gehen lassen sollte. Soll Köln nun wirklich Vorreiter eines beispiellosen Kulturkahlschlags werden – durch den man sich wirtschaftlich letztlich offenbar ins eigene Bein schneidet? Das kann, das darf nicht ernst gemeint sein.



Opfer seiner Erben – Hanno Dinger als Klaus Kinski, Foto: Holger Karl

# SCHREIENDE MÜTTER KINSKI-PROZESS VERLOREN

Was hat der Mythos Kinski mit der Weltwirtschaft zu tun? Ganz einfach: beide leiden unter der grenzenlosen Gier derer, die sie hegen und pflegen sollten. In Kinskis Fall sind das seine Erben: die Witwe und der gemeinsame Sohn Nicolai, die versuchen, aus dem Nachlass des Wahnsinnigen jeden möglichen Cent zu pressen. Deshalb zogen sie vor Gericht, um die Theaterproduktion „Kinski - wie ein Tier in einem Zoo“ der Kölner Theatermacher Stefan Krause und Hanno Dinger verbieten zu lassen. Schließlich ist es ihnen doch noch gelungen. Das Oberlandesgericht Köln verfügte am 31.7.09 in zweiter Instanz ein Aufführungsverbot des Stückes in jetziger Form. Warum? Wegen der Zitate. Das Stück bestehe zu überwiegendem Teil aus Kinskizitaten, die zu verwenden eine Urheberrechtsverletzung bedeute. Das hätten Krause und Dinger nur im Falle einer ‚freien Bearbeitung‘ gedurft, aber die läge nicht vor. Denn: Zitate müssen zwar „dem künstlerischen Zweck dienen, sich mit dem benutzten Werk (...) auseinanderzusetzen“, so die Urteils-

begründung des OLG. Am Ende zähle der „Vergleich des jeweiligen Gesamteindrucks der Gestaltungen, in dessen Rahmen sämtliche übernommenen schöpferischen Züge in einer Gesamtschau zu berücksichtigen sind“. Die schriftliche Urteilsbegründung des OLG steckt voller offener Fragen. Wann darf man ein Zitat denn nun verwenden? Jeder fragliche Satz im Stück wird herausgepickt und nach immer neuen Maßstäben auf Verfremdung untersucht. So wurde bei der Verhandlung etwa festgestellt, dass bei dem Satzfragment „verzweifelte, schreiende Mütter in Vietnam“ (ein wahrhaft künstlerischer Kinski-Satz) das Wort „Mütter“ weggelassen sei. Aber das sei eben nicht verfremdet genug. Ab wann ein Werk eine freie Bearbeitung darstellt, konnte der Richter allerdings auch nicht sagen. Statt 30 Prozent vielleicht 25, 22 oder 17,5 Prozent?

Zudem wird behauptet, die Aussagen Kinskis in Talkshows seien genuine Kunstwerke. Schließlich dienten Moderatoren dabei als Stichwortgeber und hätten inhalt-

lich keinen nennenswerten Einfluss auf Kinskis Äußerungen gehabt. Oliver Geissen produziert also tagtäglich Kunst, sobald ein Gast das Gespräch an sich reißt?

Und wo wir gerade von Kunst reden: Die Richter haben das Stück nie gesehen. Sie urteilten aufgrund der Abschrift eines Gastspiel-Audio-Bootlegs! Hätte Charlton Heston 1957 den Golden Globe für „Die zehn Gebote“ bekommen, wenn die Juroren nur die Bibel gelesen hätten? Eines muss man den Erben lassen: Was sie ebenso wenig können wie ihr manischer Ahn ist - die Kirche im Dorf zu lassen. Der Streitwert beläuft sich auf 12.500 Euro. Woher diese Summe? Unklar. Der finanzielle Verlust der Theatermacher an ihrer Inszenierung beläuft sich auf ca. 7.500 Euro. Revision ist nicht möglich, und bis vor das Bundesgericht wird der Regisseur Stephan Krause schon finanziell nicht gehen können. Kommerz schlägt Kunst.

ROBERT CHRISTOTT

# ALLES IM KELLER? FUSION VOM TISCH



Diese Spielstätte in der Kleingedankstraße 6 wird wohl bald geschlossen, Foto: © MEYER ORIGINALS

Gemeiner Bauturm, böser Keller? Zum Ende hin gab es böses Blut: Ulrich Wackerhagen, Vorsitzender des Keller-Trägervereins, begründete die gescheiterte Fusion damit, dass das Theater der Keller „wie bei einer feindlichen Übernahme“ (zitierte der Kölner Stadtanzeiger) vom Theater im Bauturm vereinnahmt worden wäre. Das Zitat sorgte für Wirbel: Gerhardt Haag, Leiter des Theaters im Bauturm, wies es wütend zurück und gab bekannt, dass er während der Verhandlungen drei Bedingungen gestellt habe: Eine klar unterscheidbare programmatische Ausrichtung der Spielstätten (unveränderter Spielbetrieb im Bauturm, die Errichtung einer „Zukunftswerkstatt“ im Keller), eine Entschuldung der Theater bis zur Fusion sowie eine faire soziale Behandlung aller Beteiligten sollten gewährleistet sein. Da das schwer verschuldete Theater der Keller die Lösung der finanziellen Probleme jedoch nicht garantieren konnte, habe der Trägerverein des Bauturms keine Möglichkeit für einen Zusammenschluss der Theater gesehen, so die Pressemitteilung aus dem Bauturm.

Eine Fusion hätte in erster Linie die finanzielle Rettung

des verschuldeten Kellers bedeutet. Auf Initiative des Kulturamtes wurde sie seit November 2008 von Leitung und Trägervereinen beraten – vorgeschlagen aber bereits vor neun Jahren vom Theaterbeirat. Denn immerhin beanspruchen beide Theater einen beträchtlichen Teil der städtischen Fördergelder für freies Theater, die der Beirat wohl gerne anderweitig eingesetzt hätte. Nun ist die Fusion vom Tisch – aber die Missverständnisse wohl auch.

Wackerhagen berichtete im Gespräch mit akt sein „unglücklich geratenes“ Zitat, mit dem er keine Anschuldigung hätte äußern wollen und beteuerte, dass er das Theater im Bauturm samt Trägerverein und Leitung sehr schätze. Er habe die Fusionierung nur gewollt, um Geld zu sparen. Da sich keine geeignete Spielstätte fand, war im Gespräch, das gesamte Theater der Keller in die Spielstätte des Bauturms zu integrieren. Dabei hätte es aber die Lage in der Südstadt, seinen Namen und seine Identität verloren, so Wackerhagen.

Keller-Identität hin und her, seine Zukunft bleibt unsicher: Das Theater kämpft nach wie vor mit seinen Schulden, seit

der neue Besitzer die Monatsmiete auf 4000 Euro erhöht hat. Derzeit sind auf der Suche nach einer neuen Spielstätte verschiedene Modelle angedacht. Eine Variante sieht den Umzug zum Theater am Sachsenring vor. Dann würde der Keller es übernehmen, seinen Namen behalten und das Theater am Sachsenring und Leiter Joe Knipp als freie Gruppe weiter existieren – doch das ist „alles ungewiss“, so Wackerhagen.

Eine Veränderung steht indes fest: Bisheriger Intendant Hanfried Schüttler geht zum September, dann soll der bisherige Leiter der angegliederten Schule Herbert Wandschneider die Interrimsleitung übernehmen. Dass ein Spielort für Nachwuchsregisseure und -autoren in Köln sinnvoll und spannend wäre, bestreitet wohl niemand – und auch nicht, dass eine Fusion sinnvoll gewesen wäre. Etwas anderes bleibt dem Theater der Keller letztlich wohl ohnehin nicht übrig, um aus seiner Geldmisere herauszukommen.